



# Impf-Pflicht erst im Sommer?

Link: <https://www.suedkurier.de/digitale-zeitung/epa12468,81587,,1>

- Zeitplan bis Anfang März kaum zu halten
- Einführung könnte sich bis Jahresmitte ziehen
- Union: Regierung vertrödelt wertvolle Zeit

**Berlin** (AFP) Der Zeitplan von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) für die Einführung einer allgemeinen Impfpflicht bis Anfang März wackelt. Vertreter von SPD und Grüne dämpften am Wochenende Erwartungen an eine schnelle Entscheidung. Unterdessen gingen am Wochenende deutschlandweit die Corona-Proteste weiter.

Scholz hatte Ende November gesagt, eine Impfpflicht solle spätestens „Anfang März“ für alle in Deutschland gelten. Dieser Termin sei nach jetzigem Stand nicht mehr einzuhalten, berichtete der „Tagesspiegel“ aus Koalitionskreisen. Die Gründe dafür seien der Zeitplan des Bundestags und des Bundesrats sowie komplizierte juristische Fragen.

Ende Januar soll es nun zunächst eine umfassende Orientierungsdebatte

rat erst wieder am 8. April tagt, könne das Projekt nach jetzigem Zeitplan erst dann final gebilligt werden. Vor Anfang Mai kann demnach die Impfpflicht nicht in Kraft treten. Benötigt man zur Umsetzung außerdem ein zentrales Impfregister, könnte die Impfpflicht auch erst im Juni in Kraft treten, führt der „Tagesspiegel“ aus.

## Vorsorge für nächsten Winter

Wegen des sensiblen Themas verständigte sich die Ampel-Koalition darauf, dass es keinen Fraktionszwang im Bundestag geben soll. Abgestimmt werden soll vielmehr über sogenannte Gruppenanträge, hinter denen sich Abgeordnete unabhängig von ihrer Fraktionszugehörigkeit versammeln können. „Die Beratungen sollten wir im ersten Quartal zum Abschluss bringen“, be-

Die Union forderte erneut von Scholz, selbst einen Gesetzentwurf vorzulegen. „Der Bundeskanzler kann jetzt nicht mit verschränkten Armen warten, ob es Vorschläge aus dem Parlament gibt oder nicht“, sagte Fraktionsgeschäftsführer Thorsten Frei (CDU) der „Bild am Sonntag“. „Da wird wertvolle Zeit vertrödelt. Das ist das Gegenteil von Führung, das ist Arbeitsverweigerung!“

Gegen die Corona-Politik protestierten am Wochenende erneut Zehntausende Menschen. Die größte Demonstration gab es am Samstag in Hamburg, wo sich nach Polizeiangaben rund 13 700 Menschen versammelten. Entgegen den Aufforderungen der Veranstalter trugen viele Teilnehmer keine Masken und hielten sich auch nicht an Abstandsregelungen. In Frankfurt am Main demonstrierten bis zu 8000 Menschen. In einigen Städten gab es auch Gegendemonstrationen. In Baden-Württemberg gab es bei den größeren und angemeldeten Protestzügen in Freiburg, Karlsruhe und Reutlingen